



Pressemitteilung

AfA besteht auf Einhaltung des Parteitagsbeschluss zur S-Bahn:

Keine Ausschreibung der Berliner S-Bahn

Die Bundesregierung hat die Verantwortung für einen reibungslosen Betrieb der Berliner S-Bahn

Zur erneuten Krise der Berliner S-Bahn stellt der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Berliner SPD fest:

„Die Krise der Berliner S-Bahn ist das Ergebnis einer Politik der Vorbereitung auf den Wettbewerb, d. h. Entscheidungen werden den Renditeerwartungen entsprechend getroffen.

Zuverlässigkeit und Kontinuität des S-Bahn-Verkehrs können nur dadurch garantiert werden, dass die Deutsche Bahn und die Berliner S-Bahn wieder zu Betrieben der Öffentlichen Daseinsvorsorge entwickelt werden, unter der vollen politischen und finanziellen Verantwortung des Staates.

Die Bundesregierung und die Abgeordneten des Bundestages haben die politische Verantwortung dafür, dass sofort alle notwendigen finanziellen Mittel für einen reibungslosen Betrieb der S-Bahn zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Aufgabe erfüllen kann, das Recht der Bevölkerung auf Mobilität sicher zu stellen. An die DB AG muss sofort der verpflichtende Auftrag für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen gehen. Angela Merkel als Bundeskanzlerin ist in der Pflicht, persönlich dazu die Initiative ergreifen.“

„Wir können doch nicht 5 Jahre warten, bis neue Züge da sind, es muss sofort gehandelt werden,“ so Christian Hass, Landesvorsitzender der Berliner AfA. „Wer mit Kollegen und Kolleginnen vor Ort spricht, kann erfahren, dass eine Reihe von Sofortmaßnahmen möglich sind, die zumindest eine Verbesserung der jetzigen Lage ermöglichen. Die Rückkehr zur vorausschauenden Instandhaltung wird als absolut notwendig bezeichnet, auch die Fahrzeuge können soweit ausgebessert und instand gesetzt werden, dass ein normaler Zugverkehr wieder möglich wird.

Mehr Wettbewerb, wie es heute die Verkehrssenatorin, FDP und Grüne im Abgeordnetenhaus fordern, kann nur das Gegenteil bewirken. Die weitere ‚Auslieferung‘ der S-Bahn an den Wettbewerb heißt den Plünderungsprozess zugunsten der Rendite noch zu forcieren und führt zu noch mehr S-Bahn-Chaos.“

Hass: „Auch der Berliner Senat hat hier die klare Verantwortung, von der Bundesregierung Sofortmaßnahmen einzufordern. Die ständige Rücksichtnahme des Berliner Senats auf die Bundesregierung ist nicht mehr nachvollziehbar. Man muss die Verantwortlichen nennen und von ihnen Entscheidungen im Interesse der Funktionsfähigkeit und damit der Nutzerinnen und Nutzer der Berliner S-Bahn verlangen.“

Statt 500 Millionen Euro Gewinnabführung bei der Bahn abzuzocken, um die Rettungspakete für die Banken zu finanzieren, benötigen wir ein finanzielles Rettungspaket für die Bahn.“

„Wir akzeptieren nicht“, so der Vorsitzende der SPD-Arbeitnehmerorganisation, „dass sich der Bahnchef Grube auf die Unabhängigkeit der Bahn AG gegenüber der Politik beruft, die durch die Bahnreform 1994 eingeführt wurde und nach der die Bahn als wettbewerbsorientierter, auf Gewinnerzielung ausgerichteter Betrieb zu führen ist.“

Die AfA Berlin hat schon auf der letzten AfA-Bundeskonferenz im April 2010 einen Antrag eingebracht, in dem die Rücknahme der Bahnreform von 1994 gefordert wird.

Christian Hass: „Wir sind für einen staatlichen Monopolbetrieb Bahn. Alle Erfahrungen nach der Bahnreform und alle Erfahrungen mit Privatisierungen der Bahn weltweit verlangen diese Rückkehr zu einem staatlichen, politisch geführten Monopolbetrieb“.

Wir bitten Sie, diese Pressemeldung an die zuständige Redaktion weiterzuleiten.

Anne Hansen Christian Hass Rolf Wiegand Klaus Eisenreich Frank Kirstan Manfred Lehmann
Der geschäftsführende Landesvorstand der AfA in der SPD Berlin

Berlin, den 11.01.2011

Kontakt für die Presse: Christian Hass, AfA-Landesvorsitzender, unter 0179 / 974 95 82